



18. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Februar 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,
in diesem Info-Blatt legen wir euch eine Einladung zum Europacamp des
Ständigen Forums der Europäischen Linken im Mai 2015 in Weißwasser ans
Herz. Dort könnt Ihr auf Gleichgesinnte aus verschiedenen Regionen Europas
treffen, mit ihnen Gedanken austauschen und gemeinsam entspannen.

Im zweiten Teil dieses Info-Blatts nehmen wir Stellung zu den Debatten um die
Flüchtlinge und das Thema Zuwanderung. Wir bewerten und verurteilen die
rassistischen und fremdenfeindlichen Umtriebe der Neonazis und der PEGIDA in
Deutschland. Deshalb haben wir hier Hintergründe der Fluchtbewegungen und
Argumente gegen diese Formen des Rassismus, der Ignoranz und Arroganz und
der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aufgezeigt. Wir hoffen, dass ihr in
vielen Gesprächen diese Aussagen gut anwenden und vertiefen könnt.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, mit diesem Info-Blatt auch die vielen
antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und die langsam wachsende
Zivilcourage zu unterstützen. Wir wünschen uns allen dabei viel Erfolg und
Durchhaltevermögen.

Besonderer Dank gilt unserem Genossen Reinhard Loeff für die umfangreiche
Ausarbeitung.

Euer Landeskoordinierungsrat

Europacamp 2015 vom 14. bis 17. Mai 2015 in Weißwasser

Das Europacamp ist eine Veranstaltung des **“Ständigen Forums der Europäischen Linken- der Regionen“**, einem regionalem Netzwerk der Europäischen Linkspartei (EL).

Auch in diesem Jahr treffen sich Linke aus Brandenburg, Sachsen, Bayern, Polen, Tschechien und der Slowakei zu diesem Camp der Freundschaft und Zusammenarbeit im schönen „Kinder-und- Jugenderholungszentrum Am Braunsteich“ in Weißwasser.

Neben kulturellen und touristischen Angeboten stehen Probleme der Lausitz rechts und links der Neiße im Mittelpunkt des Programms, denn Kontakte fördern und Lösungswege diskutieren sind Sinn und Zweck der Veranstaltung.

Themen wie Energieversorgung, Umwelt und Tourismus sind Vorschläge des Netzwerkes für die vorgesehenen Gesprächsrunden zu denen der brandenburgische Minister für Europaangelegenheiten und Justiz, Genosse Helmuth Markov und die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Genossin Birgit Wöllert erwartet werden.

Deshalb haben wir für Sonnabend, den 16.05.15 ein Forum zur grenzübergreifenden kommunalpolitischen Zusammenarbeit vorgesehen.

Teilnehmer am Camp, aber auch Gäste für einen Tag sind herzlich willkommen und sollten sich über die E-Mail-Adresse sabinelichtwald@web.de anmelden.

Die Kosten sind der Unterbringungsart und der Zeitdauer des Aufenthalts angepasst.

Sie betragen

für Unterkunft und Vollverpflegung pro Tag

- im Bettenhaus 30,-€ pro Person,
- im Bungalow 27,-€ pro Person,
- im Wohnwagen/ Wohnmobil 25,-€ pro Person
- und im Zelt 23,-€ pro Person.

Die Teilnahme am Forum ist kostenfrei.

**„DIE dürfen alle hier rein. DIE kriegen alles geschenkt.
DIE werden verwöhnt. Wegen DENEN geht's UNS schlecht.
MIR schenkt auch keiner was!“**

Hintergründe, Meinungen, Klarstellungen zur Debatte um die Themen

Flüchtlinge, Migration, Zuwanderung und Islam

Die kursiven Überschriften zeigen, was viele „einfache Menschen aus der Mitte“ denken und OHNE nachzudenken so einfach sagen, weil sie es als Mitläufer so vorgebetet bekommen oder als „Aktivposten“ so denken und entsprechend handeln.

In den letzten Monaten zeichnet sich eine zunehmende Verschärfung der Debatten um Aufnahme und Verbleib von Flüchtlingen und Asylbewerbern und den Umgang mit Migranten ab. Von gewissenlosen Personen des rechten Spektrums gezielt geschürte Ängste vor „Überfremdung“ und „Islamisierung des Abendlandes“ gipfeln in gezieltem Hass gegenüber Muslimen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir wollen und müssen als Linke darauf reagieren! Unter uns ist ziemlich unstrittig, dass die ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse die Hauptquelle des Rassismus sind. Die systembedingten Ursachen von kapitalistischer Globalstrategie, Terrorismus, ausgelösten Fluchtbewegungen und Kriegen wieder ins Blickfeld zu rücken, ist originäre Aufgabe von konsequenten Linken, Antifaschisten, Antirassisten und Antimilitaristen. Dabei darf keine Rücksicht genommen werden auf verschiedene Formen irgendeiner kapitalistischen interessenbedingten Staatsräson. Konsequente Linke, Antifaschisten, Antirassisten und Antimilitaristen sollen NICHT die Ärzte des kapitalistischen Systems sein oder bleiben. Das ist und wird NICHT unsere Aufgabe. Vielmehr geht es vorwiegend darum, die geistigen und psychologischen Mechanismen, über die sich Rassismus realisiert, aufzudecken.

In dieser Schrift sind als Denk-Aufforderung und als Spott Zitate aus verschiedenen Quellen enthalten. Sie verdeutlichen Ernst und Vielfalt des Themas. Ich danke den Autoren und Verteilern dieser Zitate aus den themenorientierten Recherchen, herzlich für die Verbreitung in der Öffentlichkeit.

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.“
(Heinrich Heine: „Deutschland – ein Wintermärchen“)

Dieser Spruch zeigt, wie besorgniserregend die Lage damals zu Heines Zeiten war und **heute** hier ist und verdeutlicht die **Notwendigkeit umfassender Gegenwehr**.

Diese Gegenwehr ist nötig gegen die Politik der Großen Koalition CDU/CSU/SPD, gegen Banken und Konzerne, also gegen das kapitalistische System – und damit auch gegen die immer abweisender und brutaler agierende Asylpolitik und Migrationspolitik in der BRD.

Nach Pogromen in Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen 1992 und weiteren fremdenfeindlichen Bluttaten anfangs der 1990-er Jahre war die CDU/CSU/FDP-Koalition 1993 schnell bereit, gemeinsam mit Teilen von SPD und Grünen das deutsche Asylrecht auszuhebeln. Weiterführend wurden in der EU und Deutschland die Asylregelungen weiter verschärft, so dass man ohne Skrupel von einer **Festung Europa mit deutschem Befehlsstand** sprechen kann. 2004 wurde zur Flüchtlings-Abwehr die EU-„Grenzschutz-Agentur“ FRONTEX mit Sitz in Warschau geschaffen, die viele Todesfälle an EU-Außengrenzen verschuldete und immer noch zu verantworten hat.

Dazu kommen von der EU unterstützte „Auffanglager“ in Nordafrika, um die Flüchtlinge gar nicht erst an die nordafrikanische Mittelmeerküste zu lassen. Die EU-Grenzschutz-Behörden wurden und werden weiter gegen Asylbewerber aufgerüstet.

Mit unmenschlichen unübersehbaren Folgen:

Denken wir an die Flüchtlingstragödie vor Lampedusa und die anderen ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer, so ist klar, dass die EU-Länder komplett Fluchtbewegungen abwehren wollen. Dabei werden dann sogar kriminelle Mittel wie unterlassene Hilfeleistung gegen Hilfloze durch FRONTEX – Boote oder sogar gezielte Versenkung von Flüchtlingsbooten angewendet.

Schon lange gibt es immer mehr demütigende Asylverfahren, durchgesetzte – auch tödlich endende – Abschiebungen und zu wenig Asyl-Unterkünfte. Schikanen von Teilen der deutschen Polizei, Justiz und Behörden gegen Menschen mit Migrationshintergrund gehören als Teile deutscher Asylpolitik dazu.

Wie sagte schon vor Jahren ein Kriegsflüchtling im deutschen Fernsehen?

„Wir sind wohl doch nur nach Europa und Deutschland gekommen, um HIER gleich zu sterben!“

Es gab und gibt in der BRD jahrzehntelange behördlich geduldete Hetze und Umtriebe neofaschistischer/nationalistischer Strukturen. Bis 2005 gab es auch jahrzehntelange Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Nazi-Traditionsverbänden.

Jahrelange Polemiken der Regierenden aus CDU/ CSU, FDP und Teilen von SPD und Medien über „Asylmissbrauch“, „Asylbetrüger“ und „Sozialtouristen“ spielten und spielen den Rechtsradikalen in die Hände und schürten und schüren bewusst weitere Ängste vor Fremden in der Bevölkerung. Damit wurde im Auftrag des Kapitals von systembedingten Ungerechtigkeiten und ihren Ursachen im kapitalistischen System abgelenkt.

Das zeigt uns und der aufgeklärten Welt: ***Deutschland ist noch weit entfernt von selbst auferlegten Forderungen des Grundgesetzes. Wir müssen die politischen und staatlichen Leitungsgremien dieses Landes zur Einhaltung dieser Grund- und Menschenrechte zwingen.***

Hier kommen einige der „**Gründe**“ für **Fremdenfeindlichkeit**, die dementsprechend klar kommentiert sind.

1. „DIE nehmen uns die Frauen/ die Männer weg!“ – Oft gehört von Menschen, die Pech in Beziehungen hatten und/oder haben und auch allgemein.

- Dazu gehören immer mehrere: Der Mensch, der zu einem anderen Partner wechseln will, und die beiden anderen. Partnerwechsel- oder Verlust ist für Verlierer nicht schön, aber kein Diebstahl.
- Hier geht es schlicht und einfach um Beziehungsprobleme.
- Da wollen wir mal nicht vergessen, wie viele deutsche Männer in bestimmte andere Staaten fahren, um sich da eine Frau zu holen, die sie später von vorn bis hinten bedient. Wenn sie „unbequem“ wird, wird sie wie eine Sache behandelt und durch deutsche Behörden abgeschoben.

Auch eine perverse Form des Rassismus!

2. „DIE kriegen alles geschenkt, während wir arbeiten müssen!“ / „DIE kommen doch nur wegen der Sozialleistungen nach Deutschland!“ – Oft zu hören, wenn es um das deutsche Sozialsystem geht, das oft genug als zu träge und ungerecht kritisiert wird.

- Auch da ist wieder zu merken: ***Kaum Kenntnis der eigenen Gesetze*** und Grundlagen der eigenen Sozialversicherung. Genug kostenlose Möglichkeiten gibt es, sich mal richtig zu informieren, z. B. in Beratungen oder Broschüren. Die werden oft nicht genutzt, weil man sich nicht verständnisfähig fühlt.
- Die Asylbewerber erhalten zwar nach langem Kampf überwiegend Geldleistungen, die liegen aber ***weit unter den jeweils gesetzlich geltenden Regelsätzen*** für Einzelpersonen im Bezug von Hartz-IV oder Sozialhilfe.
- Die „einfachen Menschen“, welche als lautstarke Kritiker am bestehenden deutschen Sozialsystem agieren, sind aber selten am Ersten Mai oder auf Demos und Kundgebungen gegen Sozialabbau zu sehen.
- Das deutsche ungerechte Asylsystem wird nicht mal mit reduzierten Leistungen „den Ausländern“ gegönnt. Nicht mal die vielen Ausnahmen, die gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern drastische Leistungskürzungen entgegen dem Grundgesetz zulassen, sind nach Meinung der „einfachen Menschen“ gut, sondern sie fordern: Keine Leistungen. ***Nur eine Form der Unmenschlichkeit ...***

3. „Es kommen viel zu viele hierher! ... Und für uns bleibt nichts übrig, das reicht doch nicht für alle!“ – Das ist eine der Hauptthesen. Gern verwendete Bemerkung in Debatten mit dem Grundtenor: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“ – eine Form des „vornehmen bzw. gepflegten Fremdenhasses“.

- Die Bevölkerungszahlen in den Flächenländern der BRD nehmen ab. Die BRD-Sozialversicherungen warnen vor späteren Beitragslöchern durch weniger werdende Beitragszahler/innen. Das würde Kürzungen der Renten und weiteren Sozialleistungen bringen. Das kann niemand wollen.
- Dass deutsche Sozialversicherungen vorwiegend umlagefinanziert arbeiten, also durch die aktuell eingezahlten Beiträge finanziert werden

und Leistungen erbringen, ist zwar bekannt, wird aber in diesen aufgeladenen Diskursen weggelassen. Ob bewusst oder unbewusst, kommt wohl auch auf den Bildungsstand an.

- Gegenvorschläge: Gesetzlich solidarisch finanzierte Sozialversicherungen können z. B. dadurch gestärkt werden, dass gesetzlich fixierte Unterstützungen für die Sozialversicherungen aus dem Bundeshaushalt wieder steigen. Das ist möglich, wenn Deutschland alle militärischen Auslandseinsätze in der Welt sofort beenden würde, die in den letzten 20 Jahren offiziell mindestens 40 Mrd. Euro gekostet haben – aus dem Staatshaushalt.
 - Außerdem ist die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für alle Unternehmen und Kapitalgesellschaften dringend geboten, die an den in Unternehmen und Banken geschaffenen Werten zu messen ist. Damit würden auch gestiegene Produktivität und größere Vermarktungsbereiche berücksichtigt. Da wären genügend Steuereinnahmen für soziale Zwecke vorhanden.
 - Nicht nur die LINKE forderte bereits schon mehrfach: Eine umfassende Sozialabgabepflicht/Beitragspflicht für alle Personen ab Erreichen der Volljährigkeit oder Geschäftsfähigkeit einführen! Also müssten und könnten auch Beamte/innen, Parlamentarier/innen, Soldat/innen, Selbstständige, Richter/Innen, Unternehmer/innen, usw. in die gesetzlichen Sozialkassen einzahlen. Das würde die Sozialversicherungen und ihre Leistungen stabilisieren.
- 4.** „DIE können ja viel erzählen von Verfolgung und Krieg und so ... DIE wollen bloß hierher, weil es uns hier so gut geht ...“ – eigentlich auch ein Widerspruch in sich.
- Es ist unverschämte, hilfeschauende Menschen von vornherein der Lüge und Ausnutzung anderer zu bezichtigen. ***Da sagen wir klar, dass solche Bemerkungen würdevollverletzend, hetzend und menschenfeindlich sind.***
 - Auf der einen Seite kritisieren viele durchaus berechtigt die herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Ungleichheiten in Deutschland,

auf der anderen Seite schieben sie im Voraus hilfesuchenden Menschen die Schuld für Verschlechterungen ihrer eigenen Lage zu.

- **Diejenigen, welche sich über Ungerechtigkeiten beschweren, sind aber kaum bereit, selbst etwas gemeinsam mit anderen zu ändern.**

Die Beteiligung an Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Machenschaften des Kapitals ist nicht gerade groß. Im Gegenteil, es fehlt oft sogar Verständnis für die, welche sich aus ökonomischen Zwängen heraus zu solchen Aktionen entschließen. Aversionen gegen Streikende im Verkehrswesen sind da ein Beispiel. Das ist auch ein Zeichen der gewollten Entsolidarisierung.

5. „Gutmenschen“ – oft abwertend gegenüber Linken, Humanist/innen und Demokrat/innen verwendetes Wort – *Wirkung beabsichtigt wie bei „Du Opfer!“*

- Häufig werden Menschen, die Verständnis und Mitgefühl für Asylbewerber/innen (auch für sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge) zeigen, als wirklichkeitsfremde „Gutmenschen“ abgestempelt.
- Aber in einem überalterten Land wie der BRD mit extrem niedriger Geburtenrate sollten eigentlich auch aus wohlverstandenen „Nationalegoismus“ die meist relativ jungen Asylbewerber mit ihren Kindern als Konsumenten und Arbeitskräfte hochwillkommen sein.
- Man denke an das viel diskutierte Problem der Rentensicherheit in einem überalterten Land mit steigendem Anteil an Pflegebedürftigen!
- Und auch die Frage muss wieder und wieder aufgeworfen werden: Warum diese Abneigung gegen andere Kulturen, gegen andere Menschen? Warum keine Bereicherung unseres Lebens zulassen?

6. „DIE nehmen uns die ganzen Arbeitsplätze weg! Und DIE liegen auf UNSERE Kosten den ganzen Tag auf der faulen Haut.“ – Oft von Arbeitslosen zu hören, die aber nicht bereit sind, über die Ursachen ihrer Lage und der Lage der Angegriffenen nachzudenken, geschweige denn zu diskutieren.

- Das sind Ungenauigkeiten und Widersprüche in sich! Sprachlich falsch und unlogisch zugleich.

- Kaputte Arbeitsplätze würde keiner „stehlen“. Und alle intakten Arbeitsplätze werden durch die jeweiligen Chefs oder Leiter/innen vergeben.
- Geht das, auf „weggenommenem Arbeitsplatz“ nichts tun? Auf der Arbeitsstelle nur herumsitzen – DAS lässt sich kein/e Vorgesetzte/r bieten.
- Wann hat welche/r Zuwanderer/in oder Migrant/in konkret wo in welcher Form der/dem Meckernden welchen Arbeitsplatz „weggenommen“ und warum? „Das weiß man doch.“ ist da keine Antwort, sondern Ablehnung anderer Menschen.
- Oft stellt sich dann heraus, dass die/der deutsche Chef/in meist eine/n ausländischen Beschäftigte/n einstellte, weil die/der eben billiger auszubeuten ist. Das kam dann aber von „oben“, der Wechsel der/des Beschäftigten ist nicht durch die/den Migrant/in initiiert. Die ausländischen Mitmenschen wollen in überwiegender Mehrheit hier in Deutschland mitarbeiten und nicht nur rumsitzen, da nehmen sie auch schlecht bezahlte Jobs, die Deutsche oft nicht mal ansehen würden.
- Asylbewerber/innen dürfen erst nach gewissen Fristen einen Arbeitsplatz besetzen, wenn sich kein/e Deutsche/r oder EU-Bürger/in dafür findet.
- Die Rolle der Vorgesetzten im kapitalistischen System wird übersehen, obwohl das System die Ursache und Leiter/innen ja die Auslöser/innen für Arbeitsplatzverluste in unternehmerischer Entscheidung sind. In Diskussionen muss nachgefragt werden, ob die verbalen Angreifer in der Rolle als Chef/in nicht genauso handeln würden.

Die bewusste **Aufheizung des Themas Asylpolitik** – nicht nur in Wahlkämpfen – trägt jetzt **gefährliche üble Früchte**:

Vor allem in Dresden, aber auch in anderen deutschen Orten, fanden und finden sich immer wieder mehrere Tausende vorwiegend Deutsche in Demonstrationen gegen Zuwanderung, Ausländer im Allgemeinen und den Islam zusammen. Ihre klare **gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** ist ihre Aussage.

„Argumente“ der Teilnehmer und Sympathisanten gegen hilfeschuchende Menschen und Zuwanderer, wenn man haltlose Beleidigungen und rassistische

Vorurteile so überhaupt nennen kann, gibt es viele. Geliefert von gewaltbereiten Neofaschisten, Nationalisten, Rassisten und bürgerlichen Kreisen, finden sie immer wieder dankbare Nachplapperer. Oft sind diese Aussagen modernisiert aus den Programmen und Satzungen dieser o. g. Strukturen entnommen.

Wodurch lassen sich die neuen rassistischen Aktionen beschreiben?

Getarnt und durchgeführt werden die fremdenfeindlichen Aktionen recht vielfältig:

Z. B. als Demonstrationen gegen die Islamisierung Deutschlands, in denen Ängste der Menschen vor dem Islam gezielt geschürt werden. Hauptakteur ist dort die PEGIDA = „Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und ihre Ableger.

Z. B. in Flugblatt-Aktionen und Kundgebungen der „Pro - ...“ – Bewegungen und rein emotional geführten „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...“ – Diskussionen gegen Asylunterkünfte. Da wird weiter gehetzt und bewusst unter Menschen mit Bildungsdefiziten und Behinderungen Stimmung gegen noch Schwächere gemacht.

Z. B. mit Forderungen nach „Meinungsfreiheit auch für Deutsche“ der NPD und zur Durchführung von „Volksentscheiden“ gegen Migranten werden gezielt bestehende Mängel des bürgerlichen Parlamentarismus als Argument gegen Migranten missbraucht und überhöht, um eigene Wehrlosigkeit gegen „die Ausländer“ als vom Staat gewollt darzustellen. **Diese „Wehrlosen“ haben aber selten Probleme mit der Gewalt gegen „die Ausländer“ oder „Andere“, sie tolerieren sie.**

Z. B. mit dem aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung entnommenen und jetzt fleißig missbrauchten Ruf „Wir sind das Volk!“ wird suggeriert, dass „die Ausländer“ nicht das Volk sind. Es geht explizit nur um „das deutsche Volk“, andere Menschen zählen nicht.

Allen gemeinsam ist das Schüren von Ängsten vor sozialem Abstieg für alle wegen „zu hoher Kosten für die Ausländer“.

Z. B. mit einem verdeckten und teils offenen **hohen Gewaltpotential** gegen Migranten, Medien, Linke, Kritiker dieser Umtriebe und Gegendemonstranten. Hasserfülltes Brüllen vor laufenden Kameras und offenen Mikrofonen, Angriffe

auf Journalist/innen und Gegendemonstrant/innen sprachen und sprechen eine klare andere Sprache.

Tatsächliche Antriebskräfte und Hintergründe sind Fremdenhass, Rassismus, eifrig geschürter Sozialneid, Wut über die Große Koalition und persönliche Unzufriedenheit mit der politischen und ökonomischen Lage in Deutschland.

Hier ist eine Überschneidung von Personen, Thesen, Parolen und Methoden feststellbar. Das fällt endlich auch bürgerlichen Medien auf. Genau denselben großen Medien übrigens, die vorher vorrangig über „Probleme mit Ausländern“ berichteten. Das kapitalistische System wurde und wird durch solche Berichte noch besser geschützt.

Als Akteure bei den o. g. Formen der „Proteste“ und Ausschreitungen in Deutschland sind nicht nur Kader der PEGIDA und ihrer Ableger dabei. Immer wieder treten auch Personen aus neofaschistischen „Kameradschaften“, der NPD, der AfD, den „Pro-...-Bewegungen“, selbst ernannte „Kulturschützer und Heimatschützer“ und aus Bürgerbewegungen gegen Asylunterkünfte aktiv auf. Nicht selten sind die „Beschützer deutscher Werte“ selbst vorbestraft oder berechtigt im Visier deutscher Ermittlungsbehörden.

Da diese vielfältigen „Protest“-Formen einen wohlorganisierten Eindruck machen und eine gewisse Massenwirkung entfachen, ist zu vermuten, dass ein enges **Zusammenwirken verschiedener Führungen** o. g. fremdenfeindlicher Strukturen vorliegt. Von der großen Abneigung gegen Medien über gleichen Sinn der Parolen bis zu personellen Überschneidungen, es erinnert auch erschreckend an die 1920-er und 1930-er Jahre.

Teilnehmer dieser Aktionen sind laut eigener Darstellung „einfache Menschen aus der Mitte“, „viele besorgte Bürger/innen“ und „von der Regierung ignorierte Menschen“. Sie kommen laut verschiedener Studien aus sozial benachteiligten Schichten, aber auch aus gut situierten Verhältnissen, haben unterschiedliche Bildungsgrade, können frei reden oder nachbrüllen, was vorgegeben wird. Das stärkt den **so gewollten Eindruck von der „Mitte“. Wer und was ist eigentlich die „Mitte“?**

Zur gesellschaftlichen Mitte, wo Neofaschismus wieder wächst, wo Faschismus herkam, gaben Tobias Pflüger und weitere bei Facebook folgende treffende Einschätzung:

„Immer wieder wird von Verteidigern der antiislamischen und fremdenfeindlichen PEGIDA-Bewegung vorgebracht, die Demonstranten seien in ihrer Mehrzahl „keine Nazis“, sondern „ganz normale Leute“, die der „Mitte der Gesellschaft“ entstammten. Als könnte man nicht der Mitte der Gesellschaft entstammen und Nazi sein!“

Es ist nicht zu leugnen: **Faschisten** und Personen, die Schwache und Schwächste der Gesellschaft verführen oder angreifen – je nach Bedarf – **kommen** damals und heute **aus der** gesellschaftlichen **Mitte**. Und sie haben hier **gute Bedingungen**, weil Zivilcourage und Aktionen gegen diese Personen noch ungenügend sind und oft auch von Behörden behindert werden. Behördliche und mediale Hilfe zur Zivilcourage und zu Aktionen gegen Nazis nehmen zwar zu, haben aber noch nicht die nötige Größe erreicht.

Es ist aber auch festzustellen, dass **viele der Demonstrant/innen** und Sympathisant/innen der PEGIDA und ihrer regionalen Ableger **keine Nazis**, sondern einfach Enttäuschte sind, die mit der politischen Lage in Deutschland unzufrieden sind und ein Ventil für ihre Wut über systembedingte Fehler in der BRD brauchen. Nach einer aktuellen Studie der TU Dresden haben zwei Drittel der Dresdener PEGIDA-Demonstrant/innen zu eigentlichen ausgrenzenden **islamfeindlichen** Slogans keinen Bezug. Sie verwahren sich deshalb dagegen, mit Nazis in einen Topf geworfen zu werden.

Aber diese Frage muss sich jede Teilnehmer/in gefallen lassen: Warum laufen Sie dann dort mit, wo ständig Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geübt wird? Nachdem bekannt ist, dass Nazis unter den Strippenziehern sind, sollte man sich überlegen, **bei wem** man mitläuft. Gregor Gysi wies berechtigt darauf hin, dass den Mitläufern klar bedeutet werden muss, dass hier auch Nazis und Rassisten wirken.

Organisator/innen und Mitläufer/innen dieser „Bewegungen“ ist eine **erschreckende Unkenntnis** des von ihnen verfemten Korans, der Thora, biblischer Soziallehren und humanistischen Geboten der Religionen überhaupt vorzuwerfen. Gepaart mit einer renitenten Ignoranz bekannter kapitalistischer profitorientierter systembedingter Ursachen von Fluchtgründen und Flüchtlingsbewegungen entstanden so gefährliche Strukturen der Ignoranz und Intoleranz. Man will gar nichts dazu lernen, frei nach dem Facebook-Spruch: „Meine VORURTEILE stehen fest, versuchen Sie also nicht, sie durch FAKTEN zu erschüttern!“

Diesen o. g. Bewegungen und teils festgefügt Strukturen ist eine **Aggressionshaltung gegen** „System-Medien“ und „Lügenpresse“ gemeinsam zu eigen, die schon zu Übergriffen gegen Medienmitarbeiter führte. „Lügenpresse“ war im ersten Weltkrieg und später bei den deutschen Faschisten ein Kampfbegriff zur Verunglimpfung kritischer Medien.

Wer solche Worte wie „System-Medien“ und/ oder „Lügenpresse“ seit 1945 weiterhin in der politischen Auseinandersetzung wählt, obwohl klar ist, was das für eine historische Bedeutung hat, kann nicht sagen, er sei ein friedlicher Mensch. Physische Gewalt unter Menschen hat als Vorläufer die Wort-Gewalt. Wer das ignoriert, handelt vorsätzlich.

Der jetzt **wieder aufgeflamnte Rassismus**, die Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit kommen nicht überraschend. Das hat **Vorgeschichten**, die mehr als einmal mit blutigen Verbrechen verbunden waren.

Denken wir an über 190 Todesopfer rassistischer Gewalt in Deutschland seit 1990, an die Pogrome gegen Asylbewerber in Hoyerswerda 1991, in Cottbus und Rostock 1992. Erinnern wir uns an die Bluttaten in Eberswalde 1990, Hünxe 1991, Mölln 1992, Solingen 1993 und Guben 1999 und die Verbrechen des NSU von 1997 bis 2011, um hier nur einige von vielen zu nennen.

Aus der Erinnerung tilgen kann auch keiner den Generalverdacht, unter dem Muslime seit 11.09.2001 weltweit stehen. Deutschland war und ist da ein schlimmer Vorreiter.

In welcher „Tradition“ will PEGIDA und Co. da eigentlich stehen? Welche „deutschen Werte“ wollen alle diese Fremdenfeinde denn verteidigen? Wir lehnen die hier genannten schlimmen systemimmanenten ungerechten, ausgrenzenden und fremdenfeindlichen Erscheinungen als Werte ab, da sie die Würde aller Menschen verletzen.

Warum demonstrieren die PEGIDA und Co. eigentlich **gegen alle Muslime** und behandeln sie als Feinde? Haben sie Angst um das kapitalistische System der BRD? Die meisten Muslime, die in der BRD leben, leben hier friedlich mit uns und sind an Veränderungen des politisch-ökonomischen Systems gar nicht interessiert.

Wir sagen hier und immer wieder: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das Recht auf ein friedliches Leben ist ein universelles Menschenrecht! Soziale

Abstiegsfurcht und Ängste vor Fremdem rechtfertigen keinen Hass und keine Gewalt gegen andere!

Wir erinnern aus gegebenem Anlass eindringlich: Mit ausgrenzender Sozial-Demagogie gegen Juden, so genannte „Nicht-Arier“, politische Gegner, Menschen mit Behinderungen und „slawische Untermenschen“ hat es schon mal angefangen! Die heutigen Thesen haben denselben unheilvollen Charakter wie Nazi-Parolen von damals. Mit den damaligen Mitteln und Methoden führte das dann zur faschistischen Diktatur in Deutschland und in den Zweiten Weltkrieg des Hitler-Regimes in Europa!

Brechts Warnung bleibt aktuell: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

Viele Menschen im In- und Ausland fragen berechtigt voller Sorge: „Habt Ihr da noch nichts dazu gelernt? Soll das alles noch mal wiederkommen?“ Die Antwort gab Kabarettist Dieter Nuhr im satirischen Jahresrückblick 2014: „Intelligenz addiert sich leider nicht, Dummheit schon!“ Leider muss man ihm da beipflichten, denn so viel Geschichtsvergessenheit und Intoleranz wie jetzt gab es in Deutschland seit 1945 nicht mehr. Das gilt es zu bekämpfen.

Zur Lage seit Sommer 2014 und ersten Auswirkungen

Bei und nach Demonstrationen, „**Spaziergängen**“ und Kundgebungen dieser Kreise in Deutschland ist es in den Dezembertagen 2014 nach Medienberichten in Dresden bereits zu Übergriffen gegen ausländische Jugendliche gekommen. Zuständige Polizeibehörden taten dagegen bisher wenig oder nichts. Jetzt müssen sie bundesweit handeln. Denn die Angst von Migrant/innen im Umfeld solcher menschenfeindlichen Veranstaltungen ist jetzt bundesweit zu spüren. Und was die Behörden so ärgert: Sie ist auch international über die Medien bekannt geworden und wird angeregt unter Beachtung historischer Wertungen über Deutschland diskutiert.

Interessant ist, dass in Gegenden **Ostdeutschlands**, wo ein geringer Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund lebt, der Zulauf zu diesen Hass-Aktionen gegen Migranten am größten ist. Dort sind dann aber auch die Ressentiments gegen Erörterung der Hintergründe der Fluchten am größten.

Die von PEGIDA kritisierten **Medien** ließen sich anfangs oft in die **Zuschauerrolle** mit nachfolgender Kommentarfunktion zurückfallen, konkreter

Aufklärungswille der Medien gegen diese gemeinen und schäbigen Äußerungen muss erst noch wachsen. Dabei sind seit einiger Zeit gesendete satirische Beiträge über die NPD, PEGIDA und Co. in der ARD und dem ZDF als erste Versuche der Medien zu werten, die fremdenfeindlichen Bewegungen zu entlarven und zu entzaubern.

Mitglieder der **ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegungen** wehren sich seit dem Auftauchen der Losung „Wir sind das Volk!“ und der vielfachen Nutzung des Demonstrations-Montags vehement gegen den Missbrauch dieser Symbole der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung durch PEGIDA, ihre Ableger, Verbündeten und Nachfolger. Die ehemaligen Bürgerrechtler/innen sprechen allerdings wenig von den Ursachen der Flüchtlingstragödien – dem weltweit agierenden Kapitalismus. Kein Wunder, große Teile der Bürgerrechtler/innen haben den Kapitalismus ja wieder in die DDR und die osteuropäischen Staaten hereingelassen. Die anderen mussten erkennen, dass die ehrenwerten Menschen, welche fehlerhafte Entwicklungen in der DDR korrigieren und damit Sozialismus und DDR verbessern wollten, gegenüber dem Kapitalismus zu schwach waren. Und dieser Kapitalismus konnte aufgrund der fehlerhaften Entwicklung in der DDR und den Ländern des sozialistischen Lagers genau dort wieder Fuß fassen.

In den Januar- und Februarwochen 2015 gab es **bei PEGIDA und seinen Ablegern und Verbündeten Rücktritte, Spaltungen und Neuformierungen**. Das ist kein Grund für ein Nachlassen in den weiter nötigen friedlichen, bunten, kreativen und lauten Aktionen gegen diese meist bürgerlich lackierten Rassisten und Fremdenfeinde. Die Nachfolger und rechts abgespalteten Gruppen sind als rechtsradikal und gewaltbereit einzuordnen.

Das ist umso wichtiger, da es nun auch im Land Brandenburg einige Ableger der PEGIDA und Neugründungen mit derselben Ausrichtung gab und gibt. Diese Gruppen formieren sich weiter und arbeiten an ihrer Stärkung. Sie arbeiten mit den gleichen vorher beschriebenen Methoden und Auswüchsen.

Selbst Bundeskanzlerin Merkel und der kriegsbegeisterte Bundespräsident Gauck verlangten und verlangen in ihren Ansprachen mehr Weltoffenheit, Toleranz, Hilfe und Willkommenskultur von BRD-Bürger/innen gegenüber Flüchtlingen und ausländischen Mitmenschen. Dabei haben sie **Angst vor den ökonomischen Folgen** eines schlechten weltweiten Rufs einer intoleranten egoistischen BRD für deutsches Kapital. Der Absatz deutscher

Produkte kann sinken, deutsche Firmen dürfen vielleicht weniger im Ausland investieren – das sind Gefahren für deutsche Profite.

Es ist hoffnungsvoll, dass Fremdenfeind/innen und Rassist/innen aber von einem größer werdenden Teil der Zivilgesellschaft abgelehnt und auch blockiert werden. Dazu nutzen engagierte Bürger/innen jetzt alle friedlichen Formen von Kundgebungen, Demonstrationen, Kunstinstallationen und mediale Möglichkeiten. Oft werden diese Formen der Gegenwehr von antifaschistischen/ antirassistischen Bündnissen initiiert.

Es ist hier dringende Aufgabe der LINKEN und anderer linker Strukturen, gemeinsam mit allen gegen diese modernen Rassist/innen zu wirken. So kann auch unsere Kritik am kapitalistischen System und seinen Kriegen und Krisen besser gezeigt werden. Koalitionen mit der SPD dürfen uns dabei nicht hindern!

Dass deutsche Konzerne und Banken oft in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas schon Jahrzehnte lang **Raubbau** an Naturressourcen, billigen Arbeitskräften und einer wachsenden jungen hochgebildeten Schicht betrieben und betreiben, wird geflissentlich verschwiegen. Das sind reale systembedingte Ursachen für Flüchtlingselend und Fluchten nach Europa. Wer dort raubend Ressourcen entzieht, ist auch mit verantwortlich für das Elend in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Der katholische Kölner **Kardinal Rainer Maria Woelki** nannte noch eine weitere gern verschwiegene Ursache der Flucht nach Europa in seiner Silvesterpredigt am 31.12.2014:

„Circa 100.000 Deutsche arbeiten für den *Export von Kriegsgütern*. Wir verdienen daran. (...) Und wir wundern uns dann, wenn einige Opfer von Gewalt an unsere Türen klopfen?“ Über Profitinteressen darf nicht geredet werden – außer in wenig gehörten Predigten des Klerus. Die Folgen dieses Raubs und solcher Exporte werden dann in offiziell gelobten Hilfsaktionen versuchsweise gemildert, oft von den Kirchen initiiert.

Wo kommen die Flüchtlinge und Asylbewerber heute vorwiegend her und warum?

Dazu muss zuvor bemerkt werden, dass noch in Deutschland und den meisten EU-Staaten **Flüchtlinge aus Kriegsgebieten** gemäß Abkommen **sofort**

anerkannt sind und später das Land dann wieder verlassen müssen.

Asylbewerber gehen oft aus den gleichen Gründen wie Flüchtlinge auf eigenen Wunsch auf ihre gefährliche Reise, **können** aber sofort **abgewiesen werden**, wenn sie z. B. über ein „sicheres Drittland“ eingereist sind. Es gibt auch die Möglichkeit, Asyl nur befristet zu gewähren, wenn nach Ansicht der aufnehmenden Staaten die Asylgründe entfallen sein könnten. Es wird aber von den Behörden bei beiden Gruppen immer noch der grundsätzliche **Generalverdacht des Missbrauchs des jeweiligen Status** vermutet.

Islamistische Terroristen kämpfen seit 2011 in Syrien und Irak in eigenen Verbänden oder gemeinsam mit anderen Bewegungen in verschiedenen Verbänden gegen die bestehenden Regierungen. Von vielen – auch von der Türkei, Deutschland und arabischen Staaten – wurden syrische Oppositionskräfte, darunter der IS, unterstützt. Ziel dort war und ist, **Assad zu stürzen**, weil seine Regierung sich nicht den Profitinteressen der Konzerne, Banken und Regierungen der EU, der NATO und Kanadas beugen will. Die enge Zusammenarbeit mit den Gegnern Assads war natürlich „zur Verteidigung unserer europäischen Werte“ erfolgt. **Linke sollten sich nicht mit dem Wert der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und heutigen Profitinteressen identifizieren, das widerspräche auch den eigenen Programmen.**

Nachdem der „Islamische Staat“ (I S) Videos der Hinrichtungen von Menschen aus NATO-Staaten veröffentlichte, erschrak man, mit wem man sich da eingelassen hatte.

Schon **Goethe** sagte zu solchen Problemen: „Die Geister, die ich rief, die werde ich nun nicht los.“ Jetzt war kapitalkonformes Handeln gefragt. Nun schaut man genauer hin, wen man da unterstützt, um den IS zu bekämpfen UND Assad zu stürzen. Es werden Waffen geliefert, daran verdient wird auch gleich. Es wird bombardiert in Syrien und im Irak in der Hoffnung, die „Richtigen“ zu treffen. Es gibt aber gar keine Sicherheit, Waffen an die „Richtigen“ geliefert zu haben und bei den Bombardierungen ebenfalls die „Richtigen“ zu treffen. Das war schon in Afghanistan so und ging schief. Flüchtlingszahlen aus Syrien und Irak belegen auch jetzt die falsche Wirkung der NATO – Maßnahmen.

Da können wir **nicht vergessen**, dass auch die **christliche Kirche** immer wieder in den Jahrhunderten lange Kriege und Kreuzzüge, Inquisition und Hexenverbrennungen, Pogrome gegen Juden in Europa und gewaltsame

Bekehrungen zum Christentum in den Kolonien im Namen des Kreuzes durchgeführt hat. Da damals Kirche und Staaten miteinander verbunden waren, müssen wir diese historischen Ereignisse auch **als Staatsterrorismus mit Gottes Segen** betrachten.

Nicht außer Acht lassen darf man das gewalttätige **Wirken der israelischen Regierung**, ihrer Armee und Polizei und der militanten Siedler im Westjordanland und im Gaza-Streifen im Namen der Thora. Die mehrfache „vorbeugende Bombardierung“ arabischer Gebiete als **Form des Staatsterrorismus** hat unter Betroffenen den Hass auf den israelischen Staat und seine Verbündeten verstärkt, aber gleichzeitig die Unterstützung der israelischen Großmachtpolitik durch europäische Staaten und sogar durch die USA ins Wanken gebracht.

Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser/innen ist keine Hetze gegen Juden und kein Antisemitismus, weil sie sich nicht gegen die jüdische Bevölkerung oder die jüdische Religion richtet. Die zunehmende internationale Kritik richtet sich gegen den Anspruch der israelischen Eliten, ganz Palästina zu beherrschen, sich seine Ressourcen anzueignen und die arabischen Palästinenser durch hartes Besatzungsregime als Bürger/innen zweiter Klasse zu behandeln. Jeder daraus resultierende arabische Widerstand wird zur Begründung für jede weitere Verschärfung des israelischen Kolonialregimes missbraucht.

Kriege und Terror im Namen eines oder mehrerer Götter oder Konfessionen und religiösen Abspaltungen haben seit Beginn der religiösen Glaubensbekenntnisse in der Menschheit keine soziale Gerechtigkeit und keinen Frieden geschaffen. Religiöser Krieg und Terror wurden erst beendet, wenn einer der beteiligten Seiten die Ressourcen ausgingen.

Marx bezeichnet also zu Recht die **Religion als „das Opium des Volkes“**, da religiöse Aussagen nicht oder fast nicht zur Erklärung von politischen und ökonomischen Ursachen der systembedingten Ungerechtigkeiten beitragen. **Die meisten Religionen wurden und werden immer noch zur Aufrechterhaltung der Systeme benutzt, in denen Menschen von Menschen ausgebeutet werden.**

Sie wurden und werden immer wieder von religiösen Fanatiker/innen als Begründung für ihre Untaten missbraucht, HEUTE ein gefundenes Fressen für bürgerliche Medien.

Die Flüchtlinge kommen auch aus den **ärmsten Ländern Afrikas und Asiens**, in denen sie nicht einmal selbst genug zu essen haben. Sie werden von ihren Familien losgeschickt, um in Europa zu arbeiten und mit dem hier verdienten Geld zu Hause die Familien zu unterstützen.

Warum gibt es dort nicht genug für alle?

Das ist EINE **Folge des 500-jährigen Kolonialismus** der europäischen Mächte, auch Deutschland war Kolonialmacht. Jahrhundertlang Ausbeutung der Böden mit Monokulturen, Überfischung der Anrainer-Gewässer, Sklaverei und Raub der Rohstoffe haben dort Armut geschaffen. **Alles verbunden mit dem Prinzip „TEILE UND HERRSCHE!“** In neuerer Zeit kommt noch die Abwerbung junger Intellektueller dazu. Und – das alles ist heute immer noch nicht beendet. Wegen der daraus resultierenden sozialen Verwerfungen kommt es in diesen Ländern immer wieder zu Unruhen und Bürgerkriegen. Die Menschen fliehen also vor Hunger, Armut und Krieg. Sie kommen hier entweder als anerkannte Flüchtlinge oder als Asylbewerber an, die erst mal abschreckend zu überprüfen sind. Verursacher des Elends sind Manager des Kapitals und der Banken und ihre Politiker in der EU und Nordamerika. Damit wollen die Herrschenden hier aber jetzt, nachdem dort fast alles von ihnen geraubt worden ist, nichts zu tun haben.

Das sind ihre Werte und nicht unsere!

Ist es wirklich so, wie der im April 1968 von Ku – Klux – Klan – Rassisten ermordete afroamerikanische Bürgerrechtler **Dr. Martin Luther King jr.** bei einer seiner Predigten in den USA ernüchtert feststellen musste: „Die Menschen haben gelernt wie Vögel zu fliegen und wie Fische zu schwimmen, aber das einfachste ... wie **Brüder** zusammenzuleben haben sie **nicht** gelernt ...“? (Quelle Facebook)

Ja, so ist es, denn ein **kapitalistisches System**, in dem Profit und imperialer Machtzuwachs über alles gehen, **hat nicht die Bedingungen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen.**

Der Ku-Klux-Klan, der im Zeichen des brennenden weißen Kreuzes agiert, ist eine militante rassistische Organisation weißer evangelischer US-

amerikanischer Christen. Hier verbanden sich **nordamerikanischer weißer religiöser Fanatismus, Rassismus und Antikommunismus** zur verbrecherischen Allianz, die noch immer aktiv ist.

Das Vorgenannte klingt jetzt wie eine gegenseitige Aufrechnung oder als Versuch, die aktuellen Geschehnisse zu relativieren. Nein, mit den vorgenannten Fakten soll aufgezeigt werden, dass es schon immer religiös motivierte Gewalt gab. Sie **ging immer von der herrschenden Klasse aus** und wurde oft von Gewalt der Unterdrückten beantwortet.

Es ging und geht bei **religiös verbrämten Gewaltakten** immer wieder um räumliche Machterweiterungen, ökonomische Stärkung, Beseitigung von politischen und religiösen Gegnern und Zuwachs an zahlenden Gläubigen für eigene „einzig wahre Lehren“.

Deshalb lehnen wir religiös motivierte Gewalt oder den Missbrauch der Religionen zur Begründung von Gewalt eindeutig **ab**. Kein religiös gebundener Mensch hat das Recht, auf Angehörige anderer Religionen herabzuschauen oder zur Gewalt an ihnen aufzurufen oder diese Gewalt auszuüben. Dem Frieden hat das bisher nicht gedient.

Atheisten, Linke und Humanisten sind gut beraten, **immer auch nach** den politischen, sozialen, ökonomischen, und kulturellen **Ursachen** der Religionskonflikte zu **fragen**. Die Erkenntnisse aus den Antworten zu verbreiten ist ihre und unsere Pflicht. Dabei stören die herrschende Staatsräson und noch bestehender Obrigkeitsglaube.

Zu den Ereignissen des 7. bis 9. Januar 2015.

Schlimme Tage, die unsere französischen Nachbarn nicht vergessen werden.

Der Überfall auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ am 07. Januar 2015 in Paris durch islamistische Terroristen und die nachfolgenden schlimmen Ereignisse im Großraum der französischen Hauptstadt verschärften die Situationen zwischen Menschen aus verschiedenen Religionen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa. Nachfolgende Razzien der Behörden in einigen EU-Staaten gegen islamistische Terror-Verdächtige haben tiefer liegende soziale Ursachen aber nicht beseitigt.

Wir sagen es hier ***in aller Deutlichkeit: Religiöse Lehren und Ansichten geben keinem Menschen das Recht, zu töten, zu bombardieren, Geiseln zu nehmen, Land zu rauben und Menschen auszubeuten und hungern zu lassen.***

Aber wie bestellt riefen nach dem Attentat konservative Politiker nach ***Beschneidungen von Grundrechten***, Verschärfung von Asylgesetzen, neuen Sanktionen gegen Flüchtlinge und Asylbewerber und „mehr Wachsamkeit gegenüber Migranten“. Danach rufen diese Konservativen aber schon länger, um nicht mit den Folgen ihrer eigenen Politik in den Herkunftsländern der Flüchtlinge konfrontiert zu werden.

Da bleibt zu fragen: „***Qui bono?***“ – Wem nutzt das Geschehen im Januar 2015 in Frankreich, Belgien und Deutschland langfristig? In welcher Art und Weise werden die 2015-er Januar-Ereignisse missbraucht, um ***noch mehr Abschottung*** einzurichten? Wie weit werden die Rechte der innereuropäischen Kritiker der EU-Flüchtlings-und Asylpolitik dann beschnitten sein?

Die Ereignisse in der Region Paris vom 7. bis 9. Januar 2015 haben Ursachen, die nichts entschuldigen, die aber genannt werden müssen:

Jahrzehntelang hatten Muslime in Frankreich und Europa wegen ihrer Hautfarbe und ihres Glaubens KEINE gleichen Chancen zur Teilhabe, weder ökonomisch, noch politisch. Sie wurden und werden immer noch als Fremde in den EU-Heimatländern ihrer Eltern und oft auch Großeltern behandelt und ausgegrenzt. Die Arbeitslosigkeit der französischen Muslime mit Wurzeln in Algerien oder den ehemaligen anderen Kolonien ist weit höher als die Erwerbslosigkeit der Französischen und Franzosen, deren Ahnen schon immer in Frankreich lebten. Diese Diskriminierung empfinden viele der Betroffenen zu Recht als ungerecht. Diesen „Wert“ lehnen sie daher berechtigt ab. Selbst französische Politiker mussten jetzt einräumen, dass es in Frankreich „religiöse und soziale Apartheid“ gab und gibt.

Es gab seit vielen Jahren neben der NATO-Politik auch die Politik der EU in Nordafrika, in Arabien, in Teilen Asiens und auch in Lateinamerika, „ihre WERTE“ als die einzig richtigen den anderen Kulturen aufzudrücken. Über die „Werte“ ist hier einiges geschrieben, wir haben klar gesagt, welche „Werte“ nicht unsere sind. Auch anderswo gibt es dazu Ablehnung. Erst recht, wenn „unserer Werte“ mit Gewalt durchgesetzt werden sollen, dann entfaltet sich Widerstand. EU –

Europa hat kein Recht, in anderen Regionen der Welt „europäische Werte“ als die einzig Richtigen den anderen Menschen, Kulturen, Rechtsverständnissen, Sozialverständnissen und Wirtschaftskreisläufen **aufzuzwingen. Die hier genannten Ursachen sind aber keine Berechtigung für individuellen Terror im Namen einer Religion.**

Besser ist eine Vernetzung aller, die mit dem kapitalistischen System unzufrieden sind. Eine von diesen Unzufriedenen geschaffene Veränderung der politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung mit dem Ziel, Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu errichten, würde auch allen nutzen.

Die vielen vorher genannten historischen Ursachen ignorierend und ungeachtet der neueren Fakten nutzen nun wieder Anhänger der PEGIDA und Konsorten, der NPD und der AfD die Pariser Ereignisse, um allgemein vornehmlich alle Muslime als Träger der Gewalt und des Terrors zu diffamieren. Sie bemänteln ihre Hetztiraden als „Sorge und Schutz um das christliche Abendland“. Das böse Lied wurde von ihnen aber NICHT selbst angestimmt, sondern konservative Parteien und Politiker haben mit einem Teil der Medien als Vorsänger angefangen.

Zu all dem Beschriebenen passen dann folgende klare Worte:

Quelle: aus Facebook: Cottbus Nazifrei hat No Pegida WIENs Beitrag geteilt.

Fragen eines Arbeiters an die PEGIDA Demonstranten:

1. Wenn Ihr Angst vor den Mörderbanden der ISIS habt, warum demonstriert Ihr gegen die Menschen, die vor diesen fliehen müssen?
2. Wenn Ihr Angst vor den Mörderbanden der ISIS habt, warum seid Ihr nicht solidarisch mit den Menschen in Kurdistan, die diese Mörderbanden bekämpfen?
3. Wenn ihr nicht mehr wollt, dass Frauen unterdrückt werden, warum schürt Ihr den Hass gegen Muslim/innen, statt den mutigen Kampf der PYG-Kämpfer/innen zu unterstützen?
4. Wenn Ihr nicht mehr wollt, dass Menschen aus unsatten und lebensbedrohlichen Verhältnissen in unser Land fliehen müssen, warum demonstriert Ihr nicht gegen die Verursacher dieser Verhältnisse?

5. Wenn Ihr Angst vor der Dominanz einer Religion habt, warum demonstriert Ihr nicht für die Trennung von Kirche und Staat?
6. Wenn Ihr Angst um euer Häuschen, um euren Job und wenn Ihr Angst vor dem kommenden Börsencrash habt, warum demonstriert Ihr gegen die Schwächsten der Schwachen, statt ein gutes Leben für ALLE Unterdrückten zu fordern?
7. Wenn Ihr Angst vor den Menschen habt, die Ihr nicht kennt, warum sprecht Ihr nicht mit diesen?
8. Wenn Ihr keine Faschisten seid, warum demonstriert Ihr nicht für ein Verbot aller faschistischer Organisationen und verhindert, dass sich diese wieder Gehör im öffentlichen Raum verschaffen?
9. Wenn Ihr keine Rassisten seid, warum reproduziert Ihr immer und immer wieder rassistische Parolen?
10. Ist euch bewusst, dass der Mensch deshalb ein Mensch ist, weil er sich jederzeit entscheiden kann, ob er ein Arschloch sein will oder nicht?!
11. Wenn Ihr nicht wollt, dass euer schönes Abendland untergeht, warum in drei Teufels Namen tut Ihr dann alles für seinen Untergang?!

Wir haben also viel Überzeugungsarbeit vor uns, damit der Fremdenhass und der Rassismus wieder an Boden verlieren.

Es wird nicht einfach sein, aber nur bei breiter werdender Erkenntnis über die tatsächlichen systembedingten Ursachen von Flucht und Elend können sich die Verhältnisse zwischen Europäern und Migranten wieder normalisieren.

Es wäre schön, wenn dann die ausgebeuteten und unterdrückten Menschen erkennen würden, dass nicht Hautfarbe, Glauben oder Sprache trennen, sondern die Besitz – und Produktionsverhältnisse zwischen arm und reich, oben und unten trennen.

Mögliche und nötige Gegenmaßnahmen im Überblick

- Aufnahme von Flüchtlingen nicht nach ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit für hiesige Unternehmen, sondern nach ihrer persönlichen Gefährdung durch Krieg, politische und andere Verfolgung und durch wirtschaftliche

Not. Schluss mit dem herabsetzenden Begriff "Wirtschaftsflüchtling", stattdessen hieße es richtiger "Flüchtling vor dem Verhungern".

- Keine gezielte Abwerbung intellektueller Spitzenkräfte aus den Entwicklungsländern. Diese Staaten brauchen ihre besten Köpfe selbst dringender als wir.
- Barrierefreier Zugang für Migrant/innen zum Erlernen der deutschen Sprache. Lernmöglichkeiten sind ausreichend anzubieten.
- Bereitstellung ausreichender materieller und anderer Mittel für eine Unterbringung von Flüchtlingen unter menschenwürdigen Bedingungen, sodass ihre Unterkünfte nicht zu Schandflecken und Störquellen werden. Bevorzugung der individuellen Unterbringung in Einzelwohnungen, die ausreichend zur Verfügung stehen können, wenn man den Leerstand nicht wie bisher mit hohen Kosten abreißt.
- Aufklärung im o.g. Sinne über Gründe von Rassismus.
- Initiativen "Refugees welcome" (Flüchtlinge willkommen) und ähnliche Bestrebungen materiell kenntnisreich unterstützen und öffentlich würdigen.

Cottbus / Potsdam im Februar 2015